

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 2. März 2004

Nr. 2004/486

KR.Nr. P 180/2003 (DBK)

### **Postulat Michael Heim (CVP, Neuendorf): Offensive politische Bildung; Stellungnahme des Regierungsrates**

---

#### **1. Vorstosstext**

Ich möchte den Regierungsrat bitten, die gegenwärtigen Instrumente im Bereich der politischen Bildung zu prüfen und ein Paket von zusätzlichen oder neuen Massnahmen vorzuschlagen. Zu diesen Massnahmen könnten beispielsweise die folgenden gehören:

1. Moderne und innovative Schul- und Lernformen, um den Schülerinnen und Schülern Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln.
2. Polit-Tage an den Schulen. Diese könnten Präsentationen von Jungparteien, Podiumsdiskussionen mit Politikern oder Besuche von Parlamenten beinhalten.
3. Professionelle Erarbeitung eines modernen Lehrplanes und Umsetzung in einem attraktiven Lehrmittel.
4. Sicherstellung einer qualitativ hohen Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen.

#### **2. Begründung**

Die kurz vor den Sommerferien präsentierte Studie «Jugend ohne Politik» der Uni Freiburg brachte Resultate zutage, welche die vorhandenen Befürchtungen übertrafen und welche die Gesellschaft und «Musterdemokratie» Schweiz pessimistisch stimmen müssten: Unter den 28 untersuchten Demokratien weltweit nehmen die 15 jährigen Schweizerinnen und Schweizer bezüglich politischem Verständnis nur den 19. Rang, bezüglich politischem Interesse gar nur den 21. Rang ein – hinter jungen Demokratien wie z.B. Slowenien oder Russland. Zudem ist die Einstellung zu einem Engagement in unserer Demokratie unterdurchschnittlich, und die Schweizer Jugendlichen haben die tiefste Wahlbereitschaft aller befragten Länder.

Erstaunlich deshalb, dass das Echo auf diese Studie – im Vergleich zur PISA-Studie beispielsweise –sehr moderat ausfiel. Ich kann und will diese Gelassenheit keineswegs teilen, denn die Auswirkungen dieser Ergebnisse wird die Schweiz noch hart zu spüren bekommen! Wenn praktisch niemand mehr bereit ist, sich zu engagieren, sich zu informieren, sich kritisch und solidarisch gleichzeitig mit Politik und Gesellschaft auseinander zu setzen, dann ist der Weg nicht mehr weit zu einem Land voller «politische(r) Analphabeten, die jedem Grossredner, wenn er nur genügend Macht erhält, anheimfallen» (Oser, Jugend ohne Politik, S. 231).

Wollen wir offen auf eine Zukunft hinsteuern, in welcher gesellschaftliche Verantwortung nur noch abgeschoben, aber nicht mehr wahrgenommen wird und in welcher der engagierte Bürger zu einer belächelten Minderheit wird?

Geben wir den Jugendlichen – welche an den Anti-Kriegs-Demonstrationen ihre politische Sensibilität an den Tag gelegt haben – die Mittel und Fertigkeiten mit auf den Weg, damit sie sich in und für die Gesellschaft engagieren können!

### 3. Stellungnahme des Regierungsrates

#### 3.1 Allgemeines

Aus den Resultaten der im vorliegenden Vorstoss zitierten Studie „Jugend ohne Politik“ (Oser et.al. 2003) können, wie die Studienautoren ebenfalls vermerken, keine direkten Erziehungsziele für die politische Bildung abgeleitet werden. Trotzdem betont der Vorstoss ein zentrales Bildungsanliegen: Junge Menschen sollen informierte, mündige Bürger und Bürgerinnen werden, am Staatsleben teilnehmen können und während ihrer Schulzeit in Lernsituationen auch bestimmte demokratische Basisprozesse konkret erfahren und initiieren können. Es geht somit um einen politischen Unterricht, der mehr vermittelt als Staatskunde und Kenntnisse von Institutionen. Junge Menschen sollen zusätzlich auch dazu befähigt werden, ihre eigene politische Sensibilität und politische Urteilsfähigkeit zu finden und zu entwickeln. Denn grundsätzlich sind Kinder und Jugendliche bereit, sich für ein Gemeinwohl einzusetzen, vorausgesetzt, sie erleben Probleme und Wirkungen ihres Handelns konkret (vgl. ebenfalls Oser et.al. 2003).

#### 3.2 Situation der politischen Bildung in den Schulen des Kantons

Im Sinne der Ziffern 1 und 2 des Postulates (moderne und innovative Schul- und Lernformen, Polit-Tage) wird in den Schulen der Sekundarstufen I und II vielfältiger Unterricht angeboten, der insbesondere das Ziel verfolgt, das Verständnis für politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu fördern.

Auf der Sekundarstufe I geschieht dies innerhalb der im Lehrplan formulierten Richtziele und Lernbereiche des Sachunterrichts. In gezielten Projektarbeiten kann das politische Verständnis zusätzlich gefördert werden.

Auf der Sekundarstufe II findet der politische Unterricht in den Kantonsschulen innerhalb des interdisziplinären Ergänzungsfachs Geschichte und der neu geschaffenen Unterrichtsstruktur „interdisziplinäres Lernen am Projekt“, sowie an alljährlich durchgeführten Veranstaltungen zu nationalen und internationalen aktuellen politischen Ereignissen statt.

An den Berufsschulen und Berufsmittelschulen gelten die eidg. Rahmenlehrpläne. Verschiedene Lernziele beinhalten politische Bildung. An den Kaufmännischen Berufsschulen und den Berufsmittelschulen werden die Fächer Wirtschaft und Gesellschaft, bzw. Geschichte/Staatslehre explizit geführt. Zudem kennen auch die Berufsschulen die Plattform der Veranstaltungen und Exkursionen, die immer wieder auch für politische Themen genutzt werden.

#### 3.3 Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen

Zu Recht verweist der Postulant auf die Bedeutung der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Innerhalb der neukonzipierten Ausbildung an der Pädagogischen Fachhochschule (PH) Solothurn ist das Fach politische Bildung interdisziplinär eingebettet im Modul Natur, Mensch, Mitwelt. Politische Bildung soll dabei – angepasst an die Stufen Kindergarten und Primarschule – auch praktisch umgesetzt werden können. Mit einem Modul, das sich konkret mit der Förderung kindlicher Partizipation auseinandersetzt, soll ein Ziel der politischen Bildung in der Primarschule, nämlich Interesse am Po-

litischen zu wecken und politische Fragen stellen zu lernen, erfüllt werden können. Innerhalb der Weiterbildung besteht die Absicht der politischen Bildung mehr Bedeutung zuzumessen. Vor allem sollen für Lehrpersonen des Kindergartens, der Primarschule und der Sekundarstufe I, entsprechende Module zur Förderung der politischen Bildung entwickelt und durchgeführt werden. Bereits in Planung ist auch ein Angebot auf Stufe Nachdiplom zum Bereich „Nachhaltige Entwicklung und Schulgestaltung“. Politische Bildung kann innerhalb dieses Ausbildungsgangs als mögliche Vertiefung belegt werden.

### 3.4 Lehrpläne und Lehrmittel

Inhalte und Angebote der Grund- und Weiterbildungsinstitutionen wirken nur im Zusammenspiel mit entsprechenden Voraussetzungen in den Schulen und zwar vor allem mit abgestimmten Lehrplänen. Ein Lehrgang „politische Bildung“ könnte im Prinzip relativ einfach entwickelt werden. Vor dem Hintergrund des föderalen Systems stellt sich jedoch die Frage, wieweit es gelingt, eine bildungspolitische Basis zu finden, die es erlaubt, Lehrgänge interkantonal zu entwickeln und zu institutionalisieren. Auf Ebene der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) soll deshalb bei der nächsten Überarbeitung des Tätigkeitsprogramms das Thema politische Bildung eingebracht werden. Mit den neu gebildeten Pädagogischen Hochschulen in den Kantonen stehen der EDK für den Bereich Aus- und Weiterbildung wichtige Partnerinnen bereits zur Verfügung.

Lehrplan- und Lehrmittelentwicklung im kantonalen Alleingang zu betreiben, kann nicht mehr das Ziel einer zukunftsorientierten kantonalen und schweizerischen Bildungspolitik sein. Die bereits bestehenden regionalen Zusammenarbeitsformen müssen auch in der Frage der politischen Bildung weiter ausgebaut werden. Finanzielles Engagement ist jedoch auch hier Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

### 3.5 Umsetzung des Postulats

Im Sinne der dargestellten Erläuterungen sollen die Anliegen des Postulats – wo sie nicht bereits umgesetzt sind – aufgenommen und in Koordination mit den interkantonalen Bestrebungen im Bereich der politischen Bildung verfolgt werden. Insbesondere sollen kantonale Angebote in der Aus- und Weiterbildung, sowie auf Unterrichts- und Lehrplanebene in Bezug auf die Ansprüche einer zeitgemässen politischen Bildung hin überprüft werden. Entsprechende Projekte und Lehrplanüberarbeitungen sollen allerdings mit Blick auf eine grösstmögliche interkantonale Zusammenarbeit geplant werden.

## 4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung



Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber

**Verteiler**

Departement für Bildung und Kultur ( 5 ) Gi, VEL, DA, PSt, MM

Amt für Volksschule und Kindergarten

Amt für Mittel- und Hochschulen

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Pädagogische Fachhochschule Solothurn

EDK, Generalsekretariat, Zähringerstrasse 25, Postfach 5975, 3001 Bern

NW EDK, Sekretariat, Bachstrasse 15, 5001 Aarau

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat